

Haushaltsrede Bad Driburg 2020

Sperrfrist 27.1.2020 Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!



Sprecherin

Martina Denkner
Weißenborn 3
33014 Bad Driburg
Tel 05253 930980
m.denkner@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst möchte ich die Gelegenheit ergreifen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ganz herzlich zu danken, dass sie auch in diesem Jahr wieder versucht haben, unsere Fragen in kurzer Zeit zu beantworten. Es war auch in diesem Jahr wieder ein umfangreicher Katalog.

Wir wissen das zu schätzen.

Auch der Umfang der Leistungsdaten erreicht wieder das Vorjahresniveau. Auch hier hat das Hochbauamt mit Herrn Tewes wieder die Nase vorn.

Und: Zeichen und Wunder – auch die Volkshochschule wartet erstmals mit aktuellen Zahlen auf! Wir GRÜNE freuen uns sehr über solche Fortschritte.

Natürlich gibt es da, wo Licht ist, auch Schatten: so hatte die Gemeindeprüfungsanstalt GPA dringend empfohlen, die Werte der Straßen und Wege nicht nur rechnerisch über einen „jährlichen Werteverzehr“, sondern auch über „Inaugenscheinnahme“ zu ermitteln. Also im Klartext: es ist besser, sich den Zustand der Straßen und Wege mal mit eigenen Augen anschauen, als am Schreibtisch zu berechnen. Leider wird diese Empfehlung erst in den kommenden 2-3 Jahren umgesetzt. Dass das doch etwas sehr lange dauert, das betrübt uns GRÜNE natürlich schon.

Die Verschuldung unserer Kommune steigt zum Ende dieses Jahres – so steht es jedenfalls im Plan, und auch Haushaltspläne sollen klar und wahr sein – auf ganz, ganz knapp unter 20 Mio. €.

Gegenüber 2016 haben wir es hier mit einer Steigerung um 12 Mio. € zu tun. Das ist schon ein dicker „Schluck aus der Pulle“.

Nun ist es nicht in jedem Falle unklug, etwas über Kreditaufnahmen zu finanzieren. Eine Investition, die für die Stadt und ihre Bürger Vorteile bringen kann, kann man, gerade in Zeiten von äußerst günstigen Kreditbedingungen, natürlich über „Schul-

den“ finanzieren. Besonders, wenn die jeweilige Investition den Wert von Gebäuden, Straßen, Brücken usw. erhöht.

Wenn wir dann aber eine Aufstellung einfordern, welche Investitionen hier nicht über Zuweisungen oder andere Mittel gedeckt sind und „finanziert“ werden müssen, dann erwarten wir auch von Ihnen, Herr Kämmerer, dass Sie uns eine solche Aufstellung vorlegen. Der Hinweis auf eine „Gesamtdeckung“ ist hier leider nicht Ziel führend, um nicht zu sagen, nicht ausreichend. Natürlich können wir aus der Investitionsübersicht entnehmen, welche Projekte geplant sind. Aber wir möchten eben auch gern mehr wissen. Zum Beispiel, welches Projekt evtl. mit einem Fragezeichen zu versehen ist, wenn sich abzeichnet, dass es eben doch für unseren Geldbeutel zu teuer ist.

Schade finden wir, dass für das Freizeitbad in den kommenden Jahren keine Investitionen vorgesehen sind. Das Freizeitbad ist wichtig für unsere Stadt, es muss weiter attraktiv gehalten werden. Beihilferechtliche Fragen sind immer wieder zu klären. Aber deswegen alle Investitionen erstmal zu streichen, halten wir für den falschen Weg.

Aber lassen Sie uns den Blick auch aufs große Ganze werfen:

Wir waren und sind irritiert, dass hier und in allen städtischen Gesellschaften im Laufe des Jahres der Wirtschaftsprüfer ausgewechselt wurde. Nachdem wir GRÜNE jahrelang darauf gedrängt hatten, dass spätestens nach 5 Jahren ein Wechsel notwendig ist, damit auch mal jemand unvoreingenommen und ohne Betriebsblindheit und mit frischem ungetrübten Sachverstand einen Blick die Finanzlage der Stadt und die Wirtschaftlichkeit der städtischen Gesellschaften wirft, nachdem diese GRÜNE Forderung ebenfalls jahrelang abgelehnt wurde – und zwar mit der Begründung, man brauche doch Wirtschaftsprüfer, die sich über längere Jahre in die Thematik einfinden - nach diesen Erfahrungen, hieß es in 2019 urplötzlich: Wir wechseln neuen Wirtschaftsprüfer schon nach 2 Jahren! Wir sind unzufrieden! Es dauert uns mit den Prüfungen der aktuellen Wirtschaftsprüfer zu lange! Wir beauftragen jetzt PricewaterhouseCoopers (PwC)!

Sie können sich unsere Überraschung vorstellen. Und unsere Irritation, als wir keine Begründung dafür bekamen, warum diese Prüfungen so lange dauern. Denn das mag ja interessante Gründe haben. Nein, es wurden PricewaterhouseCoopers in den Rat eingeladen, dort gab es eine unrühmliche Vorstellung dieser Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und trotzdem eine Mehrheit für einen Wechsel zu eben PricewaterhouseCoopers und zwar „im fliegenden Galopp“.

Ob die Umstrukturierung im Rathaus mit diesem fliegenden Wechsel zu tun hat, können wir nicht beurteilen. Der Rat jedenfalls hat tiefere Kenntnis von dieser Umstrukturierung nur durch ihre Auswirkungen auf den Haushalt 2020 bekommen.

Nun wird es eine Stabstelle beim Bürgermeister geben, und einen Beigeordneten.

Es hat sicher niemanden verwundert, dass wir GRÜNE die Einrichtung einer Beigeordnetenstelle 8 Monate vor der Kommunalwahl strikt ablehnen.

Dieses Geld kann besser verwendet werden. Unsere Anträge hierzu wurden vom Haupt- und Finanzausschuss vor einer Woche abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass eine 19.000 Einwohner-Kommune sehr gut ohne Beigeordneten geführt werden kann.

Auch wenn dann vielleicht die Vierteljahresgespräche des Bürgermeisters mit dem Personalrat auch endlich mal vierteljährlich und nicht nur einmal im Jahr stattfinden.

Natürlich müssen wir ebenso deutlich ansprechen, dass noch immer Vorschläge zur Einleitung struktureller Maßnahmen, um die jährlichen Millionen-Verluste der Stadt wenigstens zu senken, völlig fehlen. Einfach nur „Augen zu und durch“ und hoffen „es wird schon nicht so schlimm werden“, das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern der Bürger.

Kommen wir also zu den seit Jahren dicksten Brocken in der Finanzierung unseres Gemeinwesens Bad Driburg: Die Therme und der Kurpark.

Die Therme, die seit Jahren einen Verlust von mehr als 800.000€ pro Jahr macht, sich diese 800.000€ pro Jahr vom Steuerzahler holt und alles, was darüber hinaus an Verlusten anfällt „vorträgt“ bis es nicht mehr geht. Und an dem Punkt sind wir jetzt. Es sind über 1 Mio. € Verlustvortrag angefallen, auch das darf der Steuerzahler tragen, und zwar hübsch abgestottert in 4 Jahresraten zu je 250.000€.

Eigentlich müsste in die Therme richtig investiert werden – jedenfalls wenn man sie erhalten will und das beteuert ja fast jeder hier im Rathaus.

Das würde dann natürlich wieder Geld kosten – Sie ahnen es: Steuerzahlergeld.

Auch der Kurpark soll mit öffentlichem Geld finanziert werden: 1,9 Mio. € fordert der private Betreiber; mehr als 1,5 Mio. € darf es aber nicht sein, sagt die Bezirksregierung. Doch, sagt der private Betreiber, ich will aber wohl mehr!

Wir erinnern an dieser Stelle an die vorjährigen Haushaltsberatungen. Nun sind wir ein Jahr weiter, aber wir sind keinen einzigen Schritt weiter!

Weder hat sich der Rat zu einer klaren Haltung durchgerungen, was genau er als Kurpark einkaufen will, noch hat der Bürgermeister einen Alternativ-Plan entwickelt, noch hat die angekündigte Arbeitsgruppe getagt, noch hat der Rat den Mut gefunden zu sagen: wer öffentliches Geld bekommen will, der muss auch akzeptieren, dass der Rat mitentscheidet, was im Kurpark investiert wird und angeboten wird.

Dieser Grundsatz: „Wo öffentliche Mittel hin fließen, muss die Öffentlichkeit mitentscheiden“, ist klare Voraussetzung für eine GRÜNE Zustimmung zu jedwedem Vertrag und zu jedweder Vereinbarung in Sachen Kurpark.

Das ist nämlich die einzige Krötenwanderung, die wir GRÜNE in dieser Form ablehnen: die Krötenwanderung vom Rathaus in den Kurpark.

Natürlich ist es gut, sich über das Label „Aktive Klimaschutzkommune Bad Driburg am European Climate Adaptation Award (eca) zu bewerben.
Wichtig, richtig und gut.

Aber was fehlt nun in diesem Haushaltsplan?

Genau: der Klimaschutz! Das Wort kommt nur einmal vor, in den Sachaufwendungen im Produkt „Wirtschaftsförderung“ für 2019, also fürs vergangene Jahr.

Dabei haben wir einen Ratsbeschluss gefasst, genau am 23. September 2019, also noch gar nicht so lange her, der lautet:

„Die Stadt Bad Driburg sieht sich als „aktive Klimaschutz-Kommune“ und wird künftig bei Ratsentscheidungen auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigen.“

In diesem Haushaltsplan werden die Auswirkungen auf das Klima aber nicht mal angesprochen, sie werden für kein einziges Produkt auch nur erwähnt. Und sie werden schon gar nicht berücksichtigt.

Es gibt für uns GRÜNE hier im Rat also vier gute Gründe, diesen Haushaltsplan abzulehnen:

1. Wir lehnen die Einführung einer Beigeordnetenstelle als für eine Kommune in unserer Größe überhaupt nicht notwendig ab.
2. Wir lehnen das „weiter so“ bei der Finanzierung der Therme ab und verlangen eine externe Analyse über die wirtschaftliche Lage der Therme und ihre Potentiale am Markt.
3. Wir lehnen jede Finanzierung des Kurparks ohne inhaltliche Mitbestimmung des Rates ab und mahnen erneut eine Alternativ-Lösung an.
4. Wir verlangen die Einhaltung des Ratsbeschlusses vom 23. September 2020: künftig muss jeder Beschlussvorschlag im Rat Auskunft darüber geben, ob er klimarelevant ist, und wenn ja, welche Auswirkungen er hat.